

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 10
vom 6. Dezember 1920

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. Mayr, Vizekanzler Breisky sowie die Bundesminister Dr. Paltauf, Dr. Grimm, Haueis, Heidl, Dr. Pesta, Dr. Resch und Dr. Grünberger.

Zugezogen:

Vom Bundesministerium für Inneres und Unterricht: Sektionschef Wendiker;
ferner zu Punkt 1: vom Bundesministerium für Finanzen: Ministerialrat Dr. Wilfling.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. Mayr

Dauer: 15.00 – 16.00

Reinschrift (2 Seiten), Konzept, keine Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein Beschlussprotokoll.

Inhalt:

1. Streik der Beamten der Gruppe C.
2. Bericht über die Ernährungslage.

Beilagen:

Beilage zu Punkt 1, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, Schreiben an alle Dienststellen vom 6. Dezember 1920, betreffend den Streik der Beamten der Gruppe C (1 Seite)

1.

Streik der Beamten der Gruppe C.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die heutige Beratung

10 – 1920-12-06

der Frage diene, welche Maßnahmen von der Regierung gegenüber dem heute infolge Ablehnung der Forderungen der Beamten der Gruppe C ausgebrochenen Streik dieser Beamtenkategorie getroffen werden sollen.

Die Kabinettsmitglieder geben zunächst eine Darstellung der Streiklage in den einzelnen Ressorts, aus welcher hervorgeht, daß zwar der Dienst in den betreffenden Abteilungen seit heute ruhe, die Beamten aber mehrfach erklärt hätten, daß sie nur widerwillig, unter dem Zwang der Organisation in den Streik getreten seien. Die Vorstände der Rechnungsabteilungen versehen den Dienst zumeist weiter.

Der V o r s i t z e n d e verweist darauf, daß es seiner Meinung nach geboten erscheine, die Öffentlichkeit über die Genesis dieser Streikbewegung richtig zu informieren und auch die Landesregierungen, bei denen vollständige Unklarheit über die Ursachen des Ausstandes herrsche, entsprechend aufzuklären.

Nach einer längeren Debatte, an welcher sich sämtliche Kabinettsmitglieder beteiligten, einigt sich der Ministerrat dahin, noch am heutigen Tage die Vertreter der Presse in das Bundeskanzleramt einzuladen, woselbst ihnen vom Bundeskanzler im Beisein des Vizekanzlers und des Ministers für Finanzen Aufklärungen über die Entstehung des Streiks, sowie über die Stellung der Regierung zu dieser Bewegung gegeben werden sollen. Weiters ist durch die einzelnen Ressorts allen Dienststellen eine eingehende Darstellung des Sachverhaltes zu geben. Schließlich wäre gegebenenfalls die angebotene Vermittlung des Obmannes des Zentralverbandes der Staatsangestelltenvereinigungen in Anspruch zu nehmen, um mit den in Betracht kommenden Organisationen Fühlung zu nehmen. Hiebei ist jedoch an dem in der letzten Sitzung des Ministerrates gefaßten Beschlusse nur in der Richtung zu verhandeln, wie den Wünschen der Beamten der Gruppe C im Rahmen des neuen Besoldungsgesetzes Rechnung getragen werden könnte, festzuhalten.

2.

Bericht über die Ernährungslage.

B.-M. Dr. G r ü n b e r g e r berichtet, daß in der Angelegenheit der ausländischen Lebensmitteltransporte eine kritische Wendung eingetreten sei. Während bisher die Frage der Zahlungsmodalitäten außer Betracht geblieben sei, stehe England nach den jüngst eingelangten Mitteilungen nunmehr auf dem Standpunkte, das Getreide nur dann zu verschiffen, wenn Klarheit über die Bezahlung der Waren herrsche; ja noch mehr, England erkläre, die Fracht nur unter der Bedingung auf Kredit beizustellen, wenn die Bezahlung bei Übernahme erfolge. Weitere Käufe sollen erst nach Sicherstellung der finanziellen Mittel

10 – 1920-12-06

möglich sein. Dieser Standpunkt bedeute ein Abgehen von den bisherigen Zugeständnissen und versetze die Regierung in eine überaus schwierige Lage, da wir nur bis 15. Jänner 1921 mit Getreide eingedeckt seien, und dies nur vermöge der Vorschüsse aus Deutschland und der Schweiz sowie einer noch nicht bezahlten Überseeladung. Es sei daher die dringende Notwendigkeit zu einem unmittelbaren Eingreifen gegeben. Redner schlage vor, ihn zu ermächtigen, nach London zu reisen, um an Ort und Stelle unsere Situation darzulegen und auf eine Änderung der dortigen Stellungnahme hinzuwirken.

Nach einer längeren vertraulichen Debatte erteilt der Ministerrat dem Bundesminister für Volksernährung die erbetene Ermächtigung und ladet weiters den Bundeskanzler als Leiter des Bundesministeriums für Äußeres ein, die Gesandten der Hauptmächte zu sich zu bitten und ihnen im Beisein der Bundesminister für Volksernährung und für Finanzen eine eingehende Darstellung der Ernährungs- und finanziellen Lage des Staates zu geben. Daran anschließend wird an die Gesandten das Ersuchen zu knüpfen sein, bei ihren Regierungen für die schleunigste und günstige Lösung der Kreditfrage einzutreten.

1. Stenogramm, Ministerratsprotokoll Nr. 10 vom 6.12.20, 3 Uhr

Paltauf: Die Rechnungsbeamten streiken. Die leitenden Beamten nicht. Ebenso nicht die Gefängnisbeamten. Ich habe einer Dep. aller 4 Gruppen gesagt. Sie wären ganz zufrieden gewesen, (wenn es sich um die Überführung in die Verwendungsgruppen insoweit berücksichtigt,) dass sie nicht schlechter behandelt werden als die Postsparkassenbeamten. Wenn ihnen das zugesichert werde, haben sie gesagt stellen sie den Streik sofort ein.

Grimm: Kabinettsbeschluss lautet zu verhandeln, inwieweit man ihnen bei der Besoldungsordnung entgegenkommen kann. In meinem Ressort: es streiken Zoll, Rechnung, Steuer sind in Streik getreten u.zw. nicht dieselben 2 seinerzeitigen Demonstranten streiken sondern weiter ausgedehnt. Im Finanzministerium und Zentralkasse wollen sie nicht streiken, sie bitten um Hilfe, was sie machen sollen. Im Finanzministerium sind 2 herumgegangen und haben mit Drohung verlangt, dass gestreikt werde. Das kann man sich nicht gefallen lassen. Das bedauerliche ist, dass sich die gesamte Beamtenschaft in der Demokratie fügen muss dem Diktat einzelner. Es sind vielleicht 10 % die wirklich streiken wollen, die anderen wollen arbeiten.

Pesta: Bis gegen Mittag wurde gearbeitet. Um ½ 1 Uhr gemeldet, dass 2 Emissäre eines Streikkomitees sich in die Rechnungs Dep. begaben und Streik verlangt haben, u.zw. nicht nur die C-Beamten sondern auch die Entpragmatisierten. Die Vorstände der beiden Rechnungs Dep. sind auf ihren Posten geblieben. Ich habe mich mit Tomschik ins Benehmen setzen wollen. Er kommt erst um 5 Uhr. Ich werde dem T. auseinandersetzen, dass es ganz ausgeschlossen ist, dass ich unter diesen Umständen die Verantwortung für das Ressort tragen kann. Er hat gesagt bei meinem Amtsantritt, dass er mich sicherlich unterstützen werde. Ich werde ihm sagen entweder oder, entweder erklärt er sich einverstanden, dann soll die Gewerkschaft sich einen anderen Minister aussuchen.

Resch: Der Angestelltenrat hat mir gesagt, dass sie aus Solidarität sich anschließen müssen. Seit 12 Uhr ist auch bei mir das Rechnungs Dep still. Landwirtschaft: auch im StA. für Landwirtschaft sind die Rechnungsbeamten in Ausstand getreten. Die anderen Beamten haben gesagt, sie werden helfen.

Breisky: Sie haben gesagt, dass es ihnen sehr unangenehm ist, aber aus Korpsgeist müssen sie mittun.

Wenedikter: Bei uns ganz ähnlich. Die Vertreter sagen, es passt ihnen der Streik nicht, aber sie müssen mittun. Emissäre gekommen, welche gesagt haben, wenn sie nicht streiken, wird man jeden Verkehr mit ihnen abbrechen.

Heinl: Sie haben sich verteidigt, dass sie die Sache durchführen müssen. Sie haben mitgeteilt zuerst, dass die [...] Abteilung ausgenommen wird. Natürlich haben sie gesagt, dass die [...] gehetzt haben, Druck auf die Regierung wenn in der [...] Abteilung niedergelegt wird. Daraufhin streiken auch die. Es handelt sich nur um die Ausarbeitung von statistischen Daten. Ich habe die Streikenden nicht empfangen mit der Bemerkung, dass ich Streikende nicht empfangen.

Mayr: Stk. Im Auswärtigen Amt streikt alles, weil die Kanzleibeamten auch C-Beamte sind. Auch die [...] mitgenommen. Es ist dringend notwendig, dass Maßnahmen wenigstens im Äußeren diejenigen Arbeiten gemacht werden, die mit der Lebensmittelversorgung zusammenhängen. 2 Vertreter haben gesagt, sie wollen eigentlich nicht streiken, aber eigentlich geht der Streik nicht gegen die Regierung, sondern nur gegen das Finanzministerium u.zw. gegen Wilfling. Wenn der beseitigt ist, so hört der Streik auf.

Heinl: Der Postsparkassenstreik ist dadurch ausgebrochen, dass gewisse Konzessionen den Post und Telegrafbeamten gemacht wurden. Daraufhin haben die Sparkassenbeamten

10 – 1920-12-06

erklärt, bisher sind wir im selben Status gewesen, jetzt sind uns die Postbeamten vorgezogen worden und es muss daher die Ungerechtigkeit aus der Welt geschafft werden. Ich habe damals schon gesagt, dass eigentlich die [...] sollte. Sie haben es aber nicht getan. Nicht die Postsparkassa ist die Ursache, sondern die Konzession, die den Post und Telegraphenbeamten gemacht wurden. Damals hat der K.R. den Wünschen entgegen gekommen ist. Übrigens Zusammenhang zwischen Bank und Postsparkasseangestellten. Durch den ständigen Verkehr zwischen diesen beiden Arbeitsgebern haben sie Bevorzugung verlangt.

Mayr: Es wiederholt sich, dass die Streikenden die Presse vollkommen in der Hand haben und die Regierung schweigt und sich ins Aus stellen lässt. Das letzte Kommuniké war sehr [...] Man müsste die ganze Genesis darstellen und den Standpunkt der Regierung darstellen, die sonst unterliegen wird.

Grimm: Würde diesen Vorschlag sehr begrüßen, dass die Regierung sich unmittelbar mit der Presse in Verbindung setzt. Man muss aber bei der Vorgeschichte sehr vorsichtig sein. Es wäre sehr schwer zu vertreten, dass die Postsparkassenbeamten den Bankbeamten gleichzustellen sind. Denn die Letzteren haben die volle Mittelschulbildung. Ich würde das Kom. im Einvernehmen mit BKA entwerfen. Bitte aber, dass das BKA –Personal mit den Redaktionen zusammentreten.

Mayr: Man müsste sofort an die Landesregierungen aufklärende Telegramme herausgeben.

Grimm: Wie wird sich die Regierung prinzipiell stellen? Beabsichtigt die Regierung, das durchzuhalten oder nicht. Es wird jede [...] kommen. Wenn die Eisenbahner sich auch solidarisch erklären, das kann sich doch die Regierung nicht gefallen lassen.

Pesta: Ich glaube nicht, dass die Eisenbahner sich anschließen, wenn es nicht die Gewerkschaft in die Hand nimmt. Dass sich 1/10 entpragmatisierte C-Beamte den 9/10 anschließt ist noch kein Zeichen, dass sich die Eisenbahner anschließen. Um das klarzustellen habe ich T. zu mir bestellt.

Grünberger: Erwinnere an Poststreik. Schon damals wurde hier gesagt, dass die Regierung viel zu wenig in der Öffentlichkeit aufklärt. Ich habe gesehen bei den Ernährungsfragen, dass, wenn man die Redakteure einlädt, sie alles bringen, was ihnen zusagt. Bitte, dass BK die Leute kommen lässt.

Mayr: Zweck des heutigen Ministerrates ist, dass ich Sie bitte, mit der Presse in Fühlung zu treten. Von BK soll eingeleitet werden im Einvernehmen mit Finanzministerium.

Grünberger: Noch heute sollen die Redakteure hierher kommen und morgen Komm.

ad Wilfling: man kann keinem Minister zumuten, weil ein Beamter bei der Beamtenschaft misswillig ist, ihn zu entfernen. Vielleicht etwas daran, dass er nicht das richtige Auftreten hat. Aber höchster pflichteifriger Beamter, der sich diesen Sachen unterzieht. Wilfling hat aber früher immer vollkommen freie Hand gehabt. Kein SCh. hat die Möglichkeit gehabt, sich mit diesen Sachen zu beschäftigen. Ich hatte jetzt die Absicht dieses Verhältnis abzuschaffen und ihn einem SCh unterstellen, damit man nicht immer nur auf den W. angewiesen ist. Das ist natürlich jetzt schwer, denn das schaut einer Maßregelung gleich.

Mayr: Ich glaube auch nicht, dass man ihn jetzt [...]maßregelt.

Heinl: Vielleicht sollte der Finanzminister einen SCh mit seiner Stellvertretung betrauen und den Wilfling ihm unterstellen.

Resch: Es wäre gut, wenn man mit den Org. inoffiziell verhandeln würde.

Grimm: Höchstens mit jeder Hausorganisation.

10 – 1920-12-06

Resch: Man sollte ihnen sagen, sie sollen ihre Wünsche nicht bei W. vorbringen, sondern bei dem SChef.

Grimm: Von jedem Ressort muss an die Unterbehörden hinausgehen.

Breisky: Ich glaube nicht, dass man mit den Hausorganisationen etwas machen kann, Zentralangestelltenrat.

Grimm: Presse und Verständigung der Unterbehörden zur Aufklärung

Beschluss von Samstag bleibt aufrecht.

Mayr: Durch die Presse und durch Berufung von Redakteuren aufklärend wirken, BK im Einvernehmen mit Finanzministerium. An die Landesregierungen Klarstellung des Sachverhaltes. Es wäre noch zu besprechen in welcher Form man mit den Streikenden verhandeln sollte unter Aufrechterhaltung des Ministerratsbeschlusses.

Grimm: 1.) Redaktionen 2.) Ausführliches Komm. 3.) von allen Redaktionen an die Unterbehörden eine aufklärende Verständigung 4.) Frage inwieweit man noch Verhandlungen mit den Org. pflegen soll.

Mayr: Man müsste der Presse gegenüber in einer [...] Weise auch auf die Ungehörigkeit des [...]

Grünberger: Man müsste der Presse eine vollständig genetische Darstellung geben und sie selbst schreiben lassen.

Breisky: Man muss in der Presse sagen, dass beamtenfreundliche Regierung ist, dass es aber eine Grenze haben muss, weil die [...] schon tangiert wird.

Wilfling: Sch meint, er sollte vermitteln.

Mayr: Die Berichte aus L. und P. sind nicht sehr günstig wegen unserer Hilfeleistung. Ich habe privatim gehört, dass das Deutsche Volksblatt einen Funkspruch veröffentlichte, dass man in L. die Kredite abgelehnt hat und nur bereit ist zu kleinen Zugeständnissen. [...]. Das ist natürlich eine fürchterliche Wendung Österreichs. Das ist eine Sachlage, die auch die Regierung sehr berührt. Wir müssten denken, was man für Konsequenzen ziehen muss.

Grünberger: Wenn wir bisher Getreideeinkäufe im Ausland abgeschlossen haben, so wurde uns für...

Man steht auf dem Standpunkt, dass man sagt ich verschaffe kein Getreide, wenn ich nicht sehe wie ihr das bei Übernahme bezahlt. Es sieht so aus, dass das Gerede von unserer Zahlungsunfähigkeit schon so weit geht, dass man skeptisch ist. Nach dem heutigen Telegramm heißt es, dass die Engländer die Fracht nur beistellen, wenn wir bei Übernahme zahlen. Die Belehnung der Gobelins derzeit aussichtslos.

Es wird bis 15.I. gedeckt, aber mit Vorschüssen. Wir haben heute den 6.XII. Nach Besprechungen mit Finanzministerium ist die Leistung einer Sicherung nicht zu denken. Man muss jetzt einschreiten, denn sonst stehen wir am 15.I. vor dem Abgrund und haben überhaupt nichts mehr. Frage ob es nicht notwendig ist, dass ich zu G. fahre, denn er scheint nicht [...] zu sein.

Mayr: Wir müssen rechtzeitig vorsorgen und auch die notwendigen [...] vor Ent. und RC machen.

Grimm: Es soll bereits ein sehr eindringliches Schreiben des BK an Reparationskomitee und all. Mächte abgehen. Was die Lebensmittel anbelangt, so hängen wir mit den Gobelins. Wir sollen auch die letzte der Offerte nach Holland schicken. Ich halte es für unerlässlich, dass Grünberger bei Goode interveniert dahin auch dass die Übersendung der Liste genügt.

10 – 1920-12-06

Können wir die Gobelins nicht verpfänden, so müssen wir die [...] auf freiem Markt anrufen. Aber was das für Wirkung hat auf die K.

Grünberger muss die notwendigen Schritte tun und hinausfahren.

Breisky: Ich habe aus Worten Grünbergers die Empfindung, dass die Lage höchst kritisch ist. Bitte zu erwägen, ob diese Lage nicht nach außen dadurch betont wird, dass BK als Außenminister bei den Vertretern der 3 Großmächte vorspricht. Es würde beleuchten die Situation

Mayr: Man müsste sagen, wenn nichts geschieht, so müssten wir demissionieren.

Grünberger: Genau wie in vorigen Jahren. Renner hat sich die Vertreter der Großmächte eingeladen, wobei V.E. Ernährungslage, Finanz Finanzlage und Kanzler zusammenfassen die Situation. Es war eine Ansage einer Demarche an Ort und Stelle. Demarche bei der Reparationskommission zwecklos, weil niemand da ist. Es wäre nur möglich eine offizielle Konferenz. Besser wenn alle beisammen sind.

Grimm: regt an die interne Beziehung des Bundespräsidenten auszunützen, dass er selbst hingeht.

Mayr: Das sollte er erst in 8 Tagen machen.

Heinl: Wirksamer wenn BK.

Grünberger: BK soll als Minister des Äußeren die Konferenz für die allernächsten Tage einberufen. Referate und 1.) Ersuchen der Mächte um volle gewichtige Einflussnahme auf die Kreditfrage 2.) die Mächte sollen zur Kenntnis kommen, dass ein Mitglied der Regierung hinausfährt und an Ort und Stelle diese Referate unterstützt.

Grünberger: Der weitere Weg ist dann der, dass die Gesandten nach der Konferenz ein Telegramm abschicken. Es müssen ihnen vorbereitet werden, dass ihnen die Referate ausgehändigt werden in den Sprachen. 1) Referat Finanzlage (BK im Einvernehmen mit Finanz) 2) Referat Versorgungslage.

Mayr: Man müsste gegebenenfalls auch die Demission in Aussicht stellen.

4 Uhr

2. Stenogramm, Ministerratsprotokoll 10 vom 6.XII.20

1) *Mayr: ev. Maßnahmen in Beratung ziehen. Rechnungsbeamte beim ??*

Paltauf: Wenn es sich um die Überführung in die Verwendung handelt, wenn man sie in gleicher Weise behandelt wie beim Postsparkassenamt.

Grimm: zu verhandeln darüber inwieweit man ihnen entgegenkommen kann. Bei der Staatszentalkassa: sie wollen nicht streiken. Im Finanzministerium sind 2 Vertreter des Streikkomitees umgegangen, die gedroht haben. 10 % der Beamtenschaft, die streiken wollen.

Pesta: Bis gegen Mittag wurde gearbeitet. 2 Leute haben die Einstellung gefordert. Mit To. schon in der Früh gebeten; 5 Uhr Nachmittag wird er kommen. Eisenbahner mit hineingezogen.

Resch: Angestelltenrat, dass sie leider auch in Ausstand treten müssen (Solidarität)

Haueis: Auch in Streich getreten.

Breisky: Unterrichtsamt sind ausgeblieben

Wenedikter: Rechnungsbeamte erschienen: erklären, sie müssen, aber sind nicht mit Herz dabei.

Heinl: Sie haben sich geradezu entschuldigt. Es arbeitet nur ein Rechnungsbeamter im Präsidium.

Mayr: Alles in der Gruppe C streikt. Lebensmitteldienst muss aufrecht bleiben. Wilfling soll das Hindernis sein.

Heinl: Gewisse Konzessionen sind den Post und Telegrafbeamten gemacht worden. Darauf hat die Postsparkasse erklärt, dass sie gegenüber den Telegrafbeamten keine werden haben sollen. Die Konzessionen, die den Ersteren gemacht wurde, sind das Unglück.

Mayr: Komm. in der Presse: das ist nicht zum Aushalten.

Grimm: Dass die Regierung sich mit der Presse unmittelbar in Verbindung setzt. Nicht allein Komm. (bei der Vorgeschichte muss man sehr vorsichtig sein).

Mayr: Sie wollen an die Landesregierungen hinaus eine Mitteilung gelangen zu lassen.

Grimm: Wie wird sich die Regierung prinzipiell zur Frage stellen? Beabsichtigt die Regierung durchzuhalten.

Grünberger: Die Regierung viel zu wenig in der Presse auftritt. Die Pressevertreter sollen direkt eingeladen werden zu mir oder Grimm.

Mayr: Ich wollte sehen wie es in anderen Staaten Brauch ist und sich mit der Presse zu beschäftigen. Von der Bundeskanzlei aus im Einvernehmen mit dem Finanzministerium.

Grimm: 1) Vielleicht heute noch mit der Presse sprechen 2) Wilfling: es ist uns immer gesagt worden, dass er nicht das entsprechende Auftreten hat. Er hat vollkommen freie Hand gehabt unter den früheren Ministern. Jetzt sieht die von mir beabsichtigte Unterstellung unter einen Sektionschef einer Maßregelung gleich. Nicht im jetzigen Augenblick.

Heinl: Vielleicht einen Sektionschef mit der Stellvertretung betrauen und dadurch die Verhandlung führt.

Resch: Inoffiziell soll man verhandeln.

Mayr: Beschluss vom letzten Samstag bleibt aufrecht. 1.) Presse gleich, auch an die Landesregierungen gleich Mitteilung gelangen lassen. 2.) Von allen Zentralstellen an die Unterbehörden eine telegrafische Aufklärung 3.) Inwieweit man jetzt noch Verhandlungen mit

10 – 1920-12-06

Organisationen einleiten kann. 4.) Die Presse – genetische Darstellung.

Breisky: Man müsste betonen, wie beamtenfreundlich die Regierung ist, dass der Staat immer bereit ist Opfer zu bringen.

Schirl(?) hat seine guten Dienste angeboten.

2) Mayr: Mitteilung, dass Bericht aus London und Paris nicht sehr günstig. Privatim gehört, dass Deutsches Volksblatt schon den Funkspruch veröffentlicht, dass man die Kredite abgelehnt hat und zu kleinen Zugeständnissen sukzessive nur bereit ist. Das ist eine Sachlage, die auch die Regierung sehr berührt.

Grünberger: Wenn wir bisher Getreidekäufe im Ausland geschlossen haben, so wurden uns gewisse Bedingungen gemacht. Es hat uns irgendjemand gefragt, wie wir zahlen werden, wenn das Getreide ankommt. Jetzt wird von London aus gesagt: ich verschiffe kein Getreide, wenn ich nicht sehe, wie ich das zahlen werde. Aber noch mehr: die Engländer wollen nur die Fracht beistellen auf Kredit, wenn wir zahlen. Das geht über das bisherige Zugeständnis hinaus. „Freisetzung weiterer Käufe erst nach Sicherung finanzieller Mittel möglich.“

Bis 15.1. gedeckt. Aber mit Vorschüssen aus Deutschland (600), Schweiz (300 Wagen) und einem noch unbezahlten Überseeladung ist der Moment gekommen, wo man einschreiten muss, sonst stehen wir am 15.1. dem Abgrund gegenüber.

Mayr: Ernster Augenblick, wir müssen die Rep.Komm. aufklären.

Grimm: Ich halte es für notwendig, dass Grünberger persönlich bei Grode interveniert.

Breisky: Aus den Worten Grünbergers habe ich den Eindruck, dass die Situation höchst kritisch ist. Ob nicht auch äußerlich markiert werden könnte, das Mayr bei Vertreter von Amerika, Frankreich, England und Italien macht. Es beleuchtet grell die Schwierigkeit der Situation. Wenn nicht rasch Hilfe kommt, müssen wir demissionieren.

Grünberger: Im vorigen Jahr war Konferenz mit den Vertretern der Großmächte. Eine Demarche bei der Rep.Komm. ist ganz aussichtslos. Es bleibt nur Smith übrig. Entweder Konferenz oder Besuch.

Grimm: Ob nicht der Bundespräsident das veranlassen könnte.

Grünberger: Wie im Vorjahr: Mayr soll das als Außenminister kommunizieren: 1) Einflussnahme auf die Kreditfrage 2) Zur Behebung der gegenwärtigen Notlage, dass ein Mitglied der Regierung sich hinausbegibt und das unterstützt. Die Minister schicken dann ein Telegramm ab 1) Referat des Kanzlers im Einvernehmen mit Finanzminister, 2) Referat über die Versorgungslage (Kreditreferat) (Ernährungslage)

Mayr: Gegebenenfalls auch unsere Demission.

Mayr: Grimm hat um eine verbindliche Zusicherung des Kabinettsrates ersucht. Schriftliche Mitteilung genehmigt.

Grünberger: ähnliche Fälle: Formulierung: der Unterzeichnete wird sich dafür einsetzen, diesem Beschluss mit allen Kräften Geltung zu verschaffen.

Grimm: Gobelins außer Land zu lassen. Ermächtigt, dass 3 Serien von den besten und weniger schönen Gobelins ausgesucht und nach New York gesendet werden.

Breisky: Bitte, dass man bei der Mitteilung an die Öffentlichkeit hervorhebt, dass es sich um eine Ausstellung handelt.

Grünberger: Amerikaner haben uns selbst darauf aufmerksam gemacht, dass es sich nur um eine Ausstellung handelt.

MRP Nr. 10 vom 6. Dezember 1920

Beilage zu Punkt 1, Bundeskanzleramt, ohne Zahl, Schreiben an alle Dienststellen vom 6. Dezember 1920, betreffend den Streik der Beamten der Gruppe C (1 Seite)

ad A.)

An alle Dienststellen!

Zur Aufklärung zu dem am 6. d. M. ausgebrochenen Streik der Beamtengruppe C und der diesen gleichgestellten Beamten wird nachstehendes mitgeteilt:

Auf Grund des Kabinettsratsbeschlusses vom 13. August 1920 wurde den Beamten der Gruppe C zugestanden, daß sie die Bezüge der VII. und VI. Rangsklasse mit $2\frac{3}{4}$, beziehungsweise $2\frac{1}{2}$ Jahren erreichen. Für die freie Beförderung in die X., IX. und VIII. Rangsklasse wurden Gesamtdienstzeiten (einschließlich der Praktikantenjahre) von $4\frac{1}{2}$, $9\frac{1}{2}$ und $15\frac{1}{2}$ effektiven Dienstjahren festgesetzt. Gegenüber dem Stande nach der Dienstpragmatik, wonach diese Beamtenkategorien nach je sechs Jahren in der XI. und X. und nach sieben Jahren in der IX. Rangsklasse befördert wurden und mit der VIII. Rangsklasse die auf Zeitlauf sich gründende Beförderung abschließt, bedeutet dies neben der durch die Anrechnung von $2\frac{1}{2}$ Kriegsjahren erfolgten Abkürzung für die Vorrückung eine weitere bedeutende Verkürzung der für Erreichung höherer Bezüge geforderten Gesamtdienstzeit um zwei Jahre für die X. Rangsklasse, um drei Jahre für die IX. Rangsklasse und um vier Jahre für die VIII. Rangsklasse. Außerdem liegt ein sehr weitgehendes Entgegenkommen darin, daß nimmehr die VI. und VII. Rangsklasse, welche bisher durch Zeitablauf überhaupt nicht erreichbar waren, jetzt lediglich durch Zeitablauf, und zwar nach einer verhältnismäßig kurzen Gesamtdienstzeit, ohne Rücksicht auf den Dienstposten, erreicht werden.

Die Beamten der Gruppe C sind nun neuerlich mit Forderungen an die Regierung herangetreten und begründen dies mit dem Hinweis auf die den Postsparkassenbeamten des Status A (Maturantenstatus) Anfang Oktober d. J. gemachten Zugeständnisse. Tatsächlich hat die frühere Regierung der erwähnten Gruppe von Postsparkassenbeamten eine Kürzung der für die C-Beamten festgesetzten Beförderungsfristen für einmal, und zwar für die im Jänner 1921 vorzunehmenden Beförderungen im Ausmaße von $2\frac{1}{2}$ bis $3\frac{1}{2}$ Jahren zugestanden.

Hierzu war die Regierung durch die Argumentation der Postsparkassenbeamten veranlaßt, die erklärten, daß sie stets infolge günstigerer Standesverhältnisse und der steten Ausdehnung ihres Amtes schneller befördert wurden als irgend welche andere Beamten mit Mittelschulbildung. Diese begünstigte Stellung war den Postsparkassenbeamten durch die in letzter Zeit an die übrigen C-Beamten gemachten Zugeständnisse verloren gegangen, so daß sie zur Wiederherstellung des früher stets bestandenen Verhältnisses zwischen ihnen und den anderen Gruppen die Einreihung in die Gruppe B des § 52 der Dienstpragmatik forderten. Bei den Verhandlungen, zu welchen sich die Regierung angesichts des Streiks der Postsparkassenbeamten hatte entschließen müssen, ist die aufgestellte Forderung mit

Erfolg abgelehnt und eine Zusage nur hinsichtlich der Abkürzung der Beförderungsfristen, die nur für die Jännerbeförderung maßgebend ist und der daher keine dauernde Wirkung zukommen kann, gemacht worden.

Wenn nun die übrigen Beamten der Gruppe C die Forderung nach einer gleichen Abkürzung der Beförderungsfristen stellen, so liegt klar zutage, daß es sich hierbei nicht um eine in ihren Standesverhältnissen oder in der allgemeinen Notlage begründete Forderung, sondern um eine reine Prestigeforderung handelt, die einzig und allein damit begründet wird, daß sie nicht hinter den Postsparkassenbeamten zurückstehen wollen. Die Regierung mußte aber erwägen, daß jedes Zugeständnis an die C-Beamten die Gewährung gleicher Abkürzungsfristen an die Beamten aller anderen Zeitvorrückungsgruppen zur Folge haben müßte. Abgesehen davon, daß jede Abkürzung der bereits festgestellten Fristen eine Neubearbeitung der bereits fertigestellten Beförderungsakten und daher eine wesentliche Mehrbelastung der Verwaltung darstellen würde, wäre jede Abkürzung der Fristen im gegenwärtigen Zeitpunkt auch deshalb ohne Wert, weil die Besoldungsreform den Beamten ohnedies die Erfüllung aller ihrer berechtigten Wünsche bringen wird und es daher nicht angeht, Kategorienforderungen in einer das endgültige Reformwerk nur verzögernden Art zu behandeln.

Aus diesen Gründen hat die Regierung beschlossen, mit den beteiligten Beamtenorganisationen in der Richtung zu verhandeln, daß ihren Wünschen im Rahmen des neuen Besoldungsgesetzes entgegengekommen werden solle. Wenn dieses Zugeständnis von den Beamten nicht als hinreichend angesehen und der Streik beschlossen wurde, so beweist das nur, daß die Beamenschaft nicht nur die Wichtigkeit ihrer Forderungen gegenüber den großen Existenzfragen, vor denen jetzt der Staat steht, überschätzt, sondern auch ihre Stellung gänzlich verkennet, wenn sie die staatlichen Hoheitsrechte, zu deren Wahrung sie selbst mitberufen ist, in einer derartigen höchst bedauerlichen Weise verletzt. In diesem Sinne ist von der Beamenschaft eingehendst aufzuklären und insbesondere darauf zu verweisen, daß Differenzpunkte zwischen Regierung und Beamenschaft, die lediglich Prestigeforderungen einzelner Kategorien betreffen, nicht dazu benützt werden dürfen, um den ganzen staatlichen Verwaltungsapparat lahmzulegen und dadurch die Gesamtbevölkerung in einer Weise in Mitleidenschaft zu ziehen, die zu der Wichtigkeit der Forderung in keinem Verhältnis steht. Die Beamenschaft ist daher unter Hinweis auf die von der Regierung schon bekanntgegebene Bereitwilligkeit, zu verhandeln, aufzufordern, den Dienst unverzüglich aufzunehmen.

Eine auszugsweise Veröffentlichung der vorstehenden Darstellung in den Tagesblättern des dortigen Dienstbereiches (mit Ausnahme von Wien) ist zu veranlassen.

Wien, am 6. Dezember 1920.

Das Bundeskanzleramt.

